JUNI 6-2019 6,50 € | 8,90 sFr

Wett-sichten

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit



AFRIKA: Europa, der scheinheilige Wohltäter | JEMEN: Entscheidung in Hudaida | BOLIVIEN/PERU: Mal zu wenig, mal zu viel Wasser

Die genaue Summe kann er nicht dennen, da neben den zehn Diözeen des Landes auch jeder andere irchliche Rechtsträger, also etwa farreien und Orden, Geld invesiert haben können, über die die Bichofskonferenz keinen Überblick dat. Die fünfjährige Übergangsfrist ei nach seiner Kenntnis "im interationalen Vergleich durchaus ambitioniert".

Der Beschluss von Reichenau erschärft die Anfang 2018 erlasseen Richtlinien für kirchliche Geldenlagen. Deren Ausschlusskriterien betreffen Bereiche wie Müllexport, Pestizide, Massentierhaltung, Leensmittelspekulation und Glücks-

spiel. Verboten sind auch Geldanlagen bei Unternehmen, die von Abtreibung, Sterbehilfe oder der Nutzung embryonaler Stammzellen profitieren. Auch Atomkraft ist für Österreichs Kirche kein erlaubtes Investitionssfeld. Beteiligungen an einem kirchennahen Bankhaus habe man bereits abgestoßen, so Wuthe, weil es an einem Glücksspielkonzern beteiligt ist. Seit 2018 orientiert sich die Kirche am sogenannten Best-in-Class-Prinzip. Das bedeutet, mit dem finanziellen Engagement wolle man "Entwicklungen zum Guten initiieren und fördern", wie es im Papier von Anfang 2018 heißt.

Die Abwendung von klimaschädlicher Energiegewinnung begann in Österreichs Kirche bereits als Reaktion auf die 2015 von Papst Franziskus veröffentlichte Umweltenzyklika "Laudato si". Seither investiert die Kirche verstärkt in erneuerbare Energien.

Die Koordinierungsstelle für internationale Entwicklung und Mission (KOO) begrüßt den Schritt der Bischöfe. "Mit ihrem Beschluss, die Divestment-Erklärung des Global Catholic Climate Movement zu unterzeichnen, hat sich die Österreichische Bischofskonferenz einer globalen Bewegung von über tausend Institutionen angeschlossen

und ist konsequent dem Wissen gefolgt, dass das Verbrennen aller vorhandenen fossilen Energieträger zu unvorstellbaren Katastrophen führen wird", sagt KOO-Geschäftsführerin Anja Appel. Hemma Opis-Pieber, die Sprecherin der kirchlichen Umweltbeauftragten, sagt, der Schritt zeige das Bestreben der österreichischen Bischöfe, "die Ziele des Pariser Klimaabkommens in ihrem Wirkungsbereich umzusetzen".

Wo die frei gewordenen Gelder investiert werden sollen, weiß Bischofssprecher Wuthe nicht: "Da gibt es keine Vorgaben". Aber es gebe ausreichend Alternativen.

Ralf Leonhard

KIRCHE UND ÖKUMENE

Kein Kontakt mehr ins Kriegsgebiet

Gemeindepartnerschaften fordern mehr Einsatz gegen die Gewalt in Kamerun

Gemeinden, die enge Verbindungen nach Kamerun haben, schlagen wegen des Bürgerkriegs im Westen des Landes Alarm – und finden bei Kirchenleitungen und in der Politik wenig Gehör. Nun fordert eine Unterschriftenaktion in den Kirchen, mehr Druck auf Kameruns Regierung auszuüben.

Wir haben kaum noch Kontakt zu unseren Partnern im Bezirk Menchum", sagt Annemone Hilsenoeck vom Partnerschaftsausschuss des evangelischen Kirchenbezirks Göppingen. Wie zehn andere Kirchenbezirke in Baden und Würtemberg pflegen die Göppinger seit ahrzehnten Beziehungen zu Gemeinden in Kamerun. "Von den 40 Kirchengemeinden in Menchum existieren meines Wissens nur noch zwei oder drei", sagt Hilsenbeck, die im November 2017 zum letzten Mal in Kamerun war. Viele Dörfer seien niedergebrannt, die Menschen umgekommen oder geflohen. Mails kämen nicht mehr sicher an und würden wohl auch zensiert. Das Einzige, was noch funktioniere, sei ein Messenger-Dienst.

Über den bekommt Hilsenbeck immer wieder Videos zugespielt, die das Ausmaß der Gewalt im Westen Kameruns zeigen. Hier im anglophonen Landesteil herrscht ein Bürgerkrieg, in dem bisher 2000 Menschen getötet und eine halbe Million zu Flüchtlingen geworden sind. Hintergrund ist der harte Kurs der Regierung von Paul Biya für eine nationale Einigung, für nur eine Amtssprache und ein einheitliches Bildungssystem. Im Herbst 2016 löste die Anordnung, dass im Gebiet der anglophonen Minderheit auch Schuldirektoren und Richter nur auf Französisch kommunizieren, Proteste aus, die der Präsident gewaltsam niederschlagen ließ. Dann radikalisierten sich Teile der Bewegung, die seit Jahren eine Autonomie des anglophonen Teils anstrebt, verlangten einen eigenen Staat und griffen zu den Waffen. Seither kommt es immer wieder zu Massakern und Gewaltexzessen gegen die Bevölkerung.

Auch Steffi Feiler vom Partnerschaftsausschuss des Kirchenbezirks Öhringen bekommt immer wieder Videos aus Kamerun, nach denen sie nicht mehr schlafen könne. Seit Jahrzehnten ist sie mit Freunden im District Batibo verbunden und hat in Kamerun ein Patenkind. Das letzte Mal war sie 2015 dort. "Wir hatten viele Jahre lang einen wechselseitigen, lebhaften Austausch", erzählt Feiler. Noch im November 2016 seien Partner in Deutschland gewesen. Unter Tränen habe damals eine Vertreterin der Frauenarbeit berichtet, dass die anglophone Jugend wegen der Sprachpolitik keine Zukunftschance habe, egal welche Abschlüsse jemand vorweisen könne.

Nur lauwarme Antworten aus der Kirche und der Politik

Wie viele andere aus der Partnerschaftsarbeit haben sich Feiler und Hilsenbeck an Vertreter in Politik und Kirche gewandt mit der Bitte, sich für Frieden in Kamerun stark zu machen. Doch sie haben keine oder nur lauwarme Rückmeldungen von Oberkirchenräten, Bezirks- und Landessynoden, Bundestagsabgeordneten und Kommunalpolitikern bekommen. "Wir haben das Gefühl, dass unseren Vertretern in Kirche und Politik nicht klar ist, was da passiert. Kamerun hat in Württemberg und in Deutschland einfach keine große Lobby", sagt Hilsenbeck.

Deswegen hat die Basler Mission Deutscher Zweig (BMDZ)

nun eine Unterschriftenaktion gestartet. Die BMDZ, die Teil der Evangelischen Mission in Solidarität ist, unterhält enge Beziehungen zur presbyterianischen Kirche Kameruns und koordiniert die Partnerschaftsarbeit der verschiedenen Kirchenbezirke. "Wir sind auf Bitte der deutschen Vorsitzenden in den Kirchenbezirken tätig geworden", sagt Johannes Stahl, Referent für Gemeindeund Partnerschaftsarbeit bei der BMDZ.

Seit einigen Wochen liegen in Kirchen und bei Gemeindeveranstaltungen Unterschriftenlisten aus, mit denen einerseits die Bundesregierung aufgefordert wird, sich aktiv für Rechtsstaatlichkeit von Polizei und Militär in Kamerun einzusetzen. Andererseits werden die Kirchenleitungen in Deutschland zu Solidarität mit den Opfern der Krise aufgefordert und dazu, den Druck auf die kamerunische Regierung aufrechtzuerhalten, die Menschenrechte in den anglophonen Regionen Kameruns zu achten.

"Die Kirchen in Deutschland haben viele Möglichkeiten", sagt Stahl. Akademien könnten zum land könnte sich bereit erklären, die Flugtickets für solche Veranstaltungen zu zahlen. "Wenn die Kirchen tätig werden, kann auch die Bundesregierung tätig werden", sagt Stahl und betont, dass die BMDZ nicht eine Seite in dem Konflikt unterstütze, sondern sich für einen gerechten Frieden einsetze.

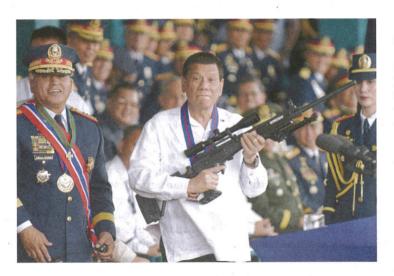
Die Aktion läuft noch bis 1. Juli. Parallel dazu läuft eine Internetpetition. Die Listen sollen im Sommer an alle wichtigen Regierungsstellen in Deutschland und an alle kamerunischen Zeitungen und Medien geschickt werden. Katja Dorothea Buck

Weitere Informationen: www.brennpunktkamerun.org

KIRCHE UND ÖKUMENE

Große Zustimmung zum mörderischen Antidrogenkampf

Auf den Philippinen findet die katholische Kirche kein Gehör



Martialischer Auftritt: Präsident Rodrigo Duterte (Mitte) verabschiedet im April 2018 den Chef der Nationalpolizei.

DONDI TAWATAO/REUTERS

Tausende Menschen sind in dem brutalen Antidrogenkampf des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte bereits getötet worden. Priester und Bischöfe kritisieren das, doch die Bevölkerung in dem mehrheitlich katholischen Land steht großenteils hinter Dutertes Vorgehen.

In einem Punkt sind sich alle auf den Philippinen einig: Drogen-kriminalität ist ein gesellschaftliches Problem, das schon unzählige Familien zerstört hat. Rodrigo Duterte hat die Präsidentenwahl 2016 unter anderem mit seinem Versprechen gewonnen, hart gegen die Drogenszene vorzugehen – was er seit seinem Amtsantritt auch tut. Nach Angaben der Philippinischen Bischofskonferenz sollen zwischen

Juli 2016 und November 2018 mehr als 23.000 Menschen dem Antidrogenkrieg zum Opfer gefallen sein, darunter viele Kleindealer und Junkies. Sie wurden von Todesschwadronen oder der Polizei getötet, die für ihre Verbrechen keine Konsequenzen fürchten müssen.

Lange hat die katholische Bischofskonferenz dazu offiziell geschwiegen und sich in der Drogenthematik auf die Linie des Vatikans berufen, nämlich den Betroffenen mit Rehabilitationsmaßnahmen und Entzugsprogrammen auf individueller Ebene zu helfen. Nur einige Priester und Bischöfe, deren Gemeinden oder Diözesen besonders von den Morden betroffen sind, prangern schon länger den brutalen Antidrogenkurs des Präsidenten an und haben

dafür zum Teil sogar Morddrohungen erhalten. Im Januar haben nun alle Bischöfe in einem Hirtenbrief zu einer gemeinsamen Stimme gefunden. Darin kritisieren sie in klaren Worten die Menschenrechtsverletzungen, die willkürlichen Tötungen und das bewusste Schüren eines Klimas der Angst.

Wenig Bewusstsein für die Menschenrechte

Doch wie Menschenrechtsaktivisten und zivilgesellschaftliche Organisationen muss auch die katholische Kirche die Erfahrung machen, dass ihr Plädoyer für Menschenrechte nicht gehört wird. Nach einer Studie des philippinischen Meinungsforschungsinstituts Asia Pulse Research vom Juni 2018 finden zwei Drittel der Bevölkerung, dass der größte Erfolg in Dutertes bisheriger Präsidentschaft der Antidrogenkampf ist.

"In einem Land, in dem 82 Prozent der Bevölkerung katholisch sind und die Kirche eine wichtige Rolle spielt, ist es erstaunlich, wie schwach das Bewusstsein für Menschenrechte ist", sagt Steffen Ulrich. Er ist bei Misereor für die Philippinen zuständig und hat Anfang April zusammen mit dem Hauptgeschäftsführer von Misereor, Pirmin Spiegel, und dem Freiburger Erzbischof Stephan Burger die Partner auf den Philippinen besucht. Er könne nur vermuten, woran das liegt: "Duterte reagiert auf Kritiker, indem er sie beschimpft und beleidigt. Der Kirche wirft er Doppelzüngigkeit und Korruption vor. Das fällt offenbar auf fruchtbaren Boden. Denn angesichts des weltweiten Missbrauchsskandals hat die katholische Kirche derzeit ein großes Glaubwürdigkeitsproblem", sagt Ulrich.

Misereor unterstützt verschiedene Organisationen auf den Philippinen, die sich um die Aufarbeitung von Mordfällen im Drogenmilieu kümmern und den Familien anwaltschaftliche Unterstützung anbieten. Bei Gesprächen mit Angehörigen der Ermordeten sei deutlich geworden, dass sie oft die Schuld für die Drogenabhängigkeit des Sohnes oder Vaters bei sich selbst suchten, sagt Ulrich. "Sie nehmen den Verlust des Angehörigen als Konsequenz hin. Dass es aber gegen die Menschenrechte ist, jemanden wegen Drogenhandels oder Drogenkonsums umzubringen, sehen sie nicht." Anwaltschaftliche Hilfe werde manchmal auch abgelehnt, weil die Familien fürchteten, noch stärker in die Drogenthematik hineingezogen zu werden. "Gerade in den Elendsvierteln ist der Drogenhandel eine Einkommensquelle für viele, die keine Arbeit haben. Oft sind mehrere in einer Familie involviert", sagt Ulrich

Der Präsident schürt ein Klima der Angst

Dass die Frage der Menschenrechte sich für viele im Antidrogenkampf nicht stellt, könne aber auch mit dem Klima der Angst zusammenhängen, das Duterte bewusst schüre, sagt Ulrich. "Die Menschen fürchten weniger die Willkür und menschenverachtende Härte staatlicher Gewalt als vielmehr, dass drogeninfizierte Nachbarn